

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Februar 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 30 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 15

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Rückblicke und Ausblicke, IV. — Nochmals die Frauenfrage. — Neujahrsdrucksachen, II.

**Gewerkschaftsrevue:** Tarifbewegung der Maler. — Verbandsstag der Bauarbeiter.

**Korrespondenzen:** Allenstein. — Baden-Baden. — Berlin. — Bochum (S. 2.). — Burgstädt. — Orel. — Kirchberg i. Schl. — Köln. — Mannheim (S. 1.). — München (M. 6.). — Nürnberg. — Pirmas. — Prenzlau. — Raasdorf. — Saalfeld. — Singen a. S. — Speier. — Stettin (M. 6.). — Stuttgart.

**Rundschau:** Generalversammlung des Deutschen Faktorenbundes. — „Königs's Verbot“ für 1913. — Betriebsunfall. — Vertragmäßige politische Bindung einer Zeitung als Verstoß gegen die guten Sitten. — Von den Tarifverträgen im deutschen Schneidergewerbe. — Organisierte Zurückhaltung der Leistungen. — Ein Blick hinter die „christlichen“ Kulisen. — Die Ausbreitung der Gelben unter den Angestellten.

### □ □ Rückblicke und Ausblicke □ □

#### IV.

Eine hoffnungsvolle Ausblicke gestattende Reform ist mit Jahresbeginn zur Verwirklichung gelangt: die Dezentralisation im Berliner Gau. Die Reichs- und Verbandshauptstadt Berlin mit ihren 12000 Mitgliedern war längst über den Rahmen hinausgewachsen, innerhalb dessen praktische Mitarbeit zu leisten auch dem einzelnen möglich ist. Man muß sich wundern, daß der selbsterregte Zustand sich so lange behaupten und die jetzt eingeführte Dezentralisation vor einigen Jahren, als sie vorgeschlagen wurde, auch im „Korr.“ propagiert wurde, noch bekämpft werden konnte, ganz heftig sogar. Reiz waren die Verhältnisse damals unabweisbar schon. Es hat der Anhänger der Dezentralisationsidee in den letzten Jahren gar nicht so wenige gegeben. Aber sie vermochten sich nicht durchzusetzen, denn gerade eine maßgebende Stelle wollte auf Grund der in früherer Zeit mit einem ähnlichen Versuche gemachten Erfahrungen nichts von einem nochmaligen Versuche wissen.

Da unternahm im vergangenen Jahre Kollege Ebel einen neuen Vorstoß, und nun war die Notwendigkeit, daß etwas Durchgreifendes geschehen müsse, schon allgemeiner erkannt. Nicht bloß, daß die Berliner Vereinsversammlungen in dem großen, diese Bezeichnung jedoch gar nicht verdienenden Saale des Gewerkschaftshauses kein Spiegelbild mehr von einer so riesigen Mitgliedschaft boten, noch dazu in einer Stadt, wo das ganze gewerkschaftliche und politische Leben sich konzentriert, auch das Verbandsleben selbst mußte darunter leiden. Insofern nämlich, als wohl der Korpsgeist der Berliner Kollegenchaft intakt blieb, die gewerkschaftliche, sondern die gewerkschaftstaktische Durchbildung aber manches zu wünschen übrig ließ. Daraus erklären sich auch diverse Vorkommnisse, die im Laufe der Jahre unliebsames Aufsehen erregt haben. Dazu kommt noch, daß der „Korr.“ immer noch eine relativ niedrige Abonnentenzahl in Berlin hat. Das ist zwar ein aller Abseits, auf den wir von Anfang an und sorgfältig in der Geschichte des Verbandsorgans stehen, aber was früher noch hingehen mochte, darf heutzutage, bei dem großen Umwandlungsprozesse speziell in unsern gewerblichen Verhältnissen, nicht mehr sein. Verbandsmitglieder, die den „Korr.“ nicht ständig oder nur selten zu sehen bekommen, sollen ja nicht behaupten, daß sie gewerkschaftlich auf der Höhe stehen.

Mit allen diesen Mängeln kann in der Folgezeit durch die Einteilung des Berliner Gaus in elf Bezirke aufgeräumt werden. In den allmonatlichen Bezirksversammlungen wie auch durch die besonderen

Bezirksvorstände kann das Berliner Vereinsleben zu dem werden, was es in jeder Beziehung sein sollte. Der Berliner Gauvorstand war in der bisherigen Form nicht mehr in der Lage, diesen übergroßen Vereinskörper mit den organisatorischen Notwendigkeiten zu durchdringen. Selbst mit Titanenkräften nicht. In Zukunft setzt er sich aus den beiden Vorsitzenden, den Schriftführern, den Bezirksleitern und den Spartenvertretern zusammen. Die Bezirksleiter wie die Spartenvertreter befinden sich in lebendiger Fühlungnahme mit den in ihrem Bezirke wohnenden resp. durch ihre besondere Tätigkeit ihnen näherstehenden Kollegen, wodurch wieder der Gauvorstand in sorgfester Verbindung mit dem Ganzen bleibt, das er so auch besser zusammenhalten kann.

Daß in einer Stadt mit solch ungeheurer Ausdehnung die Wohnung zur Grundlage der Zeitschriftverteilung genommen werden mußte, ist ja selbstverständlich. Dadurch ist den Berliner Mitgliedern auch die gute Gelegenheit geboten, einander mehr kennen zu lernen. Außerdem erfährt durch die Erziehung vollständiger Bezirksvorstände — nur die Klaffgeschäfte scheiden aus — auch die Möglichkeit der Heranbildung von Funktionären in größerer Anzahl eine gar nicht zu unterschätzende und für die Organisation jedenfalls recht erwünschte Förderung. Für die zu den elf Bezirken gehörenden Vorortgemeinden wird überdies ein Vertrauensmann eingesetzt, der z. B. bei sozialen Wahlen die nötigen Vorschläge zu machen resp. herbeizuführen hat.

Die Aufgaben der Bezirksversammlungen sind nach den „Mitteilungen“ für den Berliner Gau folgende:

In den Bezirksversammlungen sollen die Kenntnisse der Mitglieder in gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung durch geeignete Vorträge erweitert und die wichtigsten Vorkommnisse im Vereins- wie im gesamten Buchdruckerleben zur Kenntnis gebracht werden. Die Mitglieder sollen durch den regelmäßigen Besuch der Versammlungen tätigen Anteil nehmen an der Organisationsarbeit, sich vertiefen in die Grundzüge der Organisation und dadurch aufs genaueste unterrichtet werden über die einzelnen Vorgänge, deren Wirkung, Ursache und Zusammenhang.

Diese Anteilnahme am Organisationsleben findet ihren bestmöglichen Ausdruck in den Wahlen der Delegierten zu den Berliner Generalversammlungen, welche vierteljährlich stattfinden und denen sich im Bedarfsfall außerordentliche Generalversammlungen anschließen. Die Bezirke wählen entsprechend ihrer Mitgliederzahl auf je 30 Mitglieder einen Delegierten.

Wie mit diesen Bezirksversammlungen einem wirklichen Bedürfnis entsprochen worden ist, dafür spricht bereits der im Korrespondenzenheft dieser Nummer enthaltene Berliner Bericht. 7000 Berliner Mitglieder in einer Woche an Vereinsversammlungen teilgenommen, ist nicht nur höchst erfreulich, sondern das ist ein Ereignis! Aller fünf Jahre in den Bezirksversammlungen sind es auch nicht mehr gewesen. Da aber herrschte ein der Organisation durchaus nicht immer dienlicher Masseninstinkt, während hier in wirklich demokratischer Weise ein klärender Meinungsaustausch stattfinden kann. Daß gründliche Ausprachen nicht das Charakteristikum der großen Versammlungen zu sein pflegen, dürfte ebenso bekannt sein, wie die bisherigen Berliner Vereinsversammlungen, zu denen unsern Wissens die Personale Vertretungen entsandten, die obschwebenden Fragen quasi in procura der Allgemeinheit der Berliner Kollegenchaft erledigen mußten. Für den Kreis einer Mitgliedschaft muß aber die Möglichkeit einer zureichenden Diskussion für alle Mitglieder bestehen. Erst wenn die Organisationsangelegenheiten über den örtlichen Rahmen

hinausgehen, hat das Vertretersystem, wie es in den Gaufragen und den Generalversammlungen sich seit langem bewährt hat, Berechtigung. Wobei der Verband und seine Berliner Mitglieder am meisten profitieren werden, liegt also auf der Hand. Wir begrüßen daher diese Reorganisation lebhaft und wünschen, daß dem Berliner Vereinsleben dauernde Erfolge damit besichert sein mögen!

In andern Gauen des Verbandes, wo die Bezirkseinteilung noch nicht besteht, dürfte durch das Berliner Beispiel diese Frage wohl auch wieder ins Rollen kommen. Wenn man dort auch Berlin nicht einfach kopieren kann, in den mittleren und den größeren Gauen jedoch wird eine Dezentralisation in Gestalt von Bezirken nach unfrer Überzeugung stets vorteilhafter für die innere organisatorische Entwicklung sein.

### □ □ Nochmals die Frauenfrage □ □

Der in Nr. 11 unsres Verbandsorgans erschienene Artikel des Kollegen A. H. (Wiesbaden) bringt in der Reihe verschiedener Details Ergänzungen meines Aufsatzes von Nr. 147 v. J. Wie es jedoch den Anschein hat, ist dem Herrn Verfasser insofern ein Irrtum unterlaufen, als er die Meinung vertritt, es wäre mein strikter Vorschlag gewesen, das Problem der gewerkschaftlichen und politischen Fortbildung unfrer Frauen möglichst am Bierische zu lösen. In diesem Punkte glaube ich das direkte Gegenteil behauptet zu haben, indem ich dem Sinne nach ausführte: Es genügt nicht, daß der einzelne Kollege in gelegentlichen Kunstpausen beim Vergnügen einige Brocken über unfrs Standeslage austauscht, sondern es ist vorteilhaft, mit andern Familien Spaziergänge oder kollegiale Zusammenkünfte zu veranstalten usw.

Man muß allerdings zugeben, soweit ich die Wahrnehmung aus Diskussionen über diese Frage mit Kollegen meiner bisherigen Wirkungskreise gewonnen, daß die Gefahr nahe liegt, durch die Zusammenkünfte der Kollegenfrauen würde gelegentlich die moralische Seite des Mannes zur Diskussion gestellt werden. Die Buchdruckerfrauen würden sich, gemäß der generationsweise vererbten (jedoch fallenden) Redensart: „Die Buchdrucker taugen alle nichts“, mehr über die Fehler ihrer Männer unterhalten und später schließlich familiären Streitigkeiten freiben. Diese Vorausage könnte jedoch nur vorübergehend in Erfüllung gehen, über kurz oder lang wäre auch dieser Schaden von unsern Frauen abgepöppelt. Und in der Regel sind ja auch unfrs Ehegatten durch das Buchdruckerleben mehr problematische Naturen, die in der überwiegenden Mehrzahl, aus meiner persönlichen Erfahrung, Kleinlichkeitsmomenten nicht viel nachhängen.

Eine Hauptkenntnis jedoch muß für uns sein: Eine Frau, die fast täglich in Erfüllung ihrer Pflichten mit unbezahlten Überstunden, sogar „Sonntagsüberstunden“, rechnen muß, ist erstens mal zum Schluß ihrer Tätigkeit ermüdet und nicht gerade leicht zu bewegen, Vorträge und Diskussionen mit monoton-einschläfernden, ihr sogar teilweise in der Grundhaltung noch nicht bekannten Vortragsthemen mit Erfolg zu besuchen. Die Frau verlangt als Ersatz ihrer physischen Kraft vorerst eine leichte, geistige Kost, verbunden mit der Würze der Geselligkeit. Und dies war der grundlegende Sinn meines Vorschlags, indem ich ausführte, vorerst gefellige Zusammenkünfte (nebenbei bemerkt, sie brauchen ja nicht in der Kneipe stattzufinden) zu veranstalten. Vorerst einmal die Frau einzuführen in das Gebiet, für welches sie zu Anfang nur wenig Interesse empfindet — und später, sobald sie die leichtere geistige Nahrung zu verdauen beginnt, ihr schwere Fragen vorzulegen. Dies jedoch immer noch unter der Devise „teilweises Vergnügen“ als Mittel zum Zweck.

Das hat ja schließlich auch den Vorzug, daß die Kollegen sich unter sich besser kennen lernen, daß kleinen Gelegenlichkeiten und den sich vielleicht daraus entwickelnden größeren Streitigkeiten die Wurzeln abgegraben werden. Ich stelle jedoch ausdrücklich fest, daß ich nicht behaupten will, dieser mein angeführter Vorschlag wäre der einzig vernünftige oder durchführbare, dies beleihe nicht — es gibt noch viele, vielleicht noch bedeutend bessere. Zu verwerfen ist jedoch auch der meineige nicht, da ich aus meiner



Bömelburgs im Verband anders geworden sei. Er hat nun endlich über die Lücke, die das Scheiden Bömelburgs gerissen habe, hinwegzulehen. Man solle dem zukünftigen Verbandsvorstande das Arbeiten nicht allzu schwer machen und nicht immer sagen, das ist kein Bömelburg. Die Geschäftsführung sei heute bei 35000 Mitgliedern eine viel schwierigere als bei dem Verbands mit 180000 Mitgliedern. Die Leistung im Bauarbeiterverband habe Bömelburg nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber doch der Ansicht, daß er die Interessen des Verbandes gut gewahrt habe. Das Unangenehme der Situation kann man Paepow, der später einstimmig als Vorsitzender gewählt wurde, wohl nachfühlen. Vermittelt zu werden ist gewiß der schärfste Nachruf — auch für einen Geschäftsführer. Sein Wert wird ja im allgemeinen — unter Anlegung eines allerdings schwer definierbaren Maßstabes — nach der Lücke bemessen, die durch sein Scheiden entsteht. Der subjektiven Auffassung des einzelnen bleibt da in der Regel ein weites Spielraum offen, und nicht immer werden Licht und Schatten gerecht verteilt. Je befähigter sich aber nach allgemeinem Urteil der Vorgänger auf seinem Posten erwies, desto schwieriger gestaltet sich die Position des Nachfolgers. Das weiß man auf Grund praktischer Erfahrungen. Ob unter solchen Umständen der neu zu Wählende einschlagen wird und die entstehende Lücke zu schließen vermag, darüber ist man jedoch zum Teil im unklaren; gleichgültig, ob es sich bei dem ins Auge gefassten Kandidaten um ein „beschriebenes“ oder „unbeschriebenes Blatt“ handelt. Beide können enttäuschen in der praktischen Tätigkeit. Die hierdurch entstehende Ungewißheit und Unsicherheit läßt merkwürdige Gegensätze und Ansichten zutage treten. So sollte z. B. Paepow nach Ansicht einiger ungeliebt sein, da er nicht laut genug rede! Viele der zur Wahl des neuen Mannes Berufenen sehen eben den geschiedenen langjährigen geistigen Berater nur im Zenit seines Wirkens und Schaffens und berücktsichtigen zu wenig, daß auch er sich entwidmet und mit seinem Amte verwachsen mußte. Erst dann noch eine Art Rivalität unter den Auserwählten hinzu, so ergibt sich eine Situation, die der auf dem Verbandstage der Bauarbeiter zu verzeichnenden recht ähnlich sieht. Erfreulichweise wurde die Site: „... eine Kommission zur Erleuchtung überwiesen und schließlich durch eine Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden Paepow, des Ausschussvorsitzenden Daehne und des Gauleiters Silber Schmidt (Berlin), die bei der Debatte besonders in den Vordergrund getreten waren, aus der Welt geschafft.

Den eigentlichen Höhepunkt des Verbandstages bildete das Referat des Redakteurs Winnig über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, deren Notwendigkeit er mit durchschlagenden Argumenten begründete. Bis 1. März 1914 sei die Durchführung der Unterstützung geplant, die in Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse der Bauarbeiter nur in den Monaten März bis Dezember bezahlt werden solle. Einen Versuch, die Unterstützung auf das ganze Jahr zu erstrecken, würde der Vorstand unter allen Umständen ablehnen müssen. Über den Zeitpunkt der Einführung solle erst auf dem Verbandstage beschlossen werden. Bei Nach dem Abschluß des Lohnkampfes „Kalkül“ der erhöhter Beitrag müsse allerdings schon vom 1. März 1913 ab bezahlt werden, da die Absicht bestehe, für die Arbeitslosenunterstützung nicht die Allgemeinmittel des Verbandes in Anspruch zu nehmen, sondern dafür einen besonderen Fonds zu schaffen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, auf die hier einzugehen zu weit führen würde, lehnten die Delegierten die Überweisung der Vorstandsvorlage an eine Kommission mit großer Mehrheit ab und erklärten sich im namentlichen Abstimmung mit 301 gegen 97 Stimmen im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Mit großer Mehrheit wurde ferner beschlossen, daß nach Abschluß der Lohnbewegung ein außerordentlicher Verbandstag über Form und Inhalt einer entsprechenden Vorlage endgültig entscheiden, ebenfalls über das Datum des Inkrafttretens der erhöhten Beiträge und den Beginn der Unterstützungsauszahlung.

Ein besonders wichtiger Punkt betraf die Stellungnahme des Verbandstages zu der schwebenden Lohnbewegung, an der rund 80000 Bauarbeiter interessiert sind. Silber Schmidt (Berlin) hielt das beifällig aufgenommene Referat, das als Kampfbroschüre zur Tarifbewegung eine Lohn-erhöhung, eine Arbeitszeitverkürzung und eine Änderung des Tarifmatters aufstellte. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag stimmt den bisherigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes in Sachen der Lohnbewegung zu; er beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit dem Nationalausschusse die notwendig werdenden Verhandlungen weiter zu führen und hat das Vertrauen zu den Verbandsvertretern, daß sie die Interessen der Bauarbeiter in jeder Hinsicht wahren werden. Der Verbandstag erneuert die früheren Beschlüsse, wonach die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung etwaiger Angebote und Vergleichsvorschläge nur durch den Verbandstag getroffen werden kann.

Die Anträge für Statutänderungen wurden nach der Generaldebatte einer Kommission überwiesen. Erklärlicherweise waren in jener Debatte noch verschiedentlich Nachsichtungen zu den Differenzen zwischen Vorstand und Gauleitern zu vernehmen. Besonders die vom ersten vorgeschlagene Neuregelung der Gauorganisation rief die Gauleiter neben andern Rednern auf den Plan, um ihren gegensätzlichen Standpunkt mit Schärfe zu artikulieren. Für eine Änderung liege nicht das geringste Bedürfnis vor. Daß die Anstellung der Gauleiter künftig nicht mehr auf den Bezirkskongressen, sondern durch den Zentralvorstand nach Anhörung des Bezirksrates erfolgen sollte, fand ebenfalls starken Widerspruch. Die vorgeschlagene definitive Einsetzung eines Bezirks — ähnlich unserer Gauvorsteherkongressen — fand fast allgemein Zustimmung. Vorangetragen wurde, daß der Beirat sich nicht nur aus Gauleitern, sondern

auch aus noch im Berufe fähigen Kollegen zusammensetzt. Die eingeleitete Kommission trug bei den Bestimmungen über die Gliederung des Verbandes den Vorschlägen des Vorstandes Rechnung, die einer Erweiterung entsprechen. Bezüglich der geplanten Reorganisation der Gauverwaltungs soll es beim Alten bleiben. Die bisherigen 12 Bezirksklassen wurden in 6 zusammengefaßt, die Beiträge schwanken darin je nach dem Stundenlohn zwischen 40 bis 90 Pf. Bei der Releutenunterstützung, Krankenunterstützung, Streikunterstützung und der Unterstützung in Sterbefällen folgte die Kommission den Vorstandsvorschlägen. Bemerkenswert ist, daß auch die Streikunterstützung nach der Dauer der Mitgliedschaft bemessen wurde. Die hierfür vorgelebene Spannung beträgt 2, 4, 6 und 8 Jahre.

Hervorhebung verdient schließlich noch die Einführung einer Unterstützungskasse für solche Mitglieder, die im Dienste der Organisation einen Unfall erleiden, und für die Angehörigen, die infolge Alters oder Invalidität dienstunfähig geworden sind. Es handelt sich hier um die gleiche Versicherung, wie sie im letzten Jahre bereits der Fabrikarbeiterverband und früher schon der Metallarbeiterverband (wenigstens in bezug auf eine Pensionskasse für die Angehörigen) zur Einführung brachte. Außerdem nahm der Bauarbeiterverbandstag noch eine Regelung der Gehälter für die Angestellten nach folgender Skala vor: für den ersten Vorsitzenden 3800 Mk., in den beiden nächsten Jahren steigend um je 200 Mk. bis zum Höchstgehalte von 4200 Mk.; für den Leiter des literarischen Bureaus 3600 Mk., steigend um je 150 Mk. bis 3900 Mk. Für die übrigen Vorstandsmitglieder soll das Anfangsgehalt 3400 Mk. betragen, jährlich steigend um 100 Mk. bis zu 3600 Mk. Die Bezirksleiter sollen erhalten 2700 Mk., steigend um jährlich 100 Mk. bis 3400 Mk., die ständigen Hilfsarbeiter im Verbandsbureau 2400 Mk. bis 3200 Mk., bei einer jährlichen Steigerung um ebenfalls 100 Mk. Für die Zweigvereinsbeamten sollen nur zwei Klassen geschaffen werden. In Orten, wo der Stundenlohn der gelernten Arbeiter unter 50 Pf. beträgt, ein Anfangsgehalt von 2000 Mk. bis zu einem Endgehalte von 2800 Mk.; in Orten mit einem Stundenlohn von über 50 Pf. 2400 Mk. bis 3300 Mk., jährlich steigend um 100 Mk. Die Ferien sollen nach den Vorschlägen des Vorstandes festgesetzt werden. Der Ausschussvorsitzende erhält 1300 Mk. Entschädigung.

Wie schon erwähnt, wurde Paepow zum ersten Vorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter gingen Behrendt und Winnig aus der Wahl hervor, letzterer zugleich als Leiter der neugingerichteten literarisch-stattischen Abteilung. Silber Schmidt (Berlin) trat neu in den Vorstand ein, er bleibt aber in Berlin. Als Redakteure wurden Ellinger (Hamburg) wieder und Otto (Dormund) neu gewählt. Vorsitzender des Ausschusses blieb Daehne (Berlin). Der Verbandstag beauftragte den Vorstand mit der Errichtung eines Denksteins auf dem Grabe Bömelburgs. Nachdem Paepow in seiner knappen Art, aber um so eindringlicher die schwierige Situation der gegenwärtigen Tarifbewegung und die drohende Stellung des Verbandes hervorzuheben hatte, verlagte sich die Generalversammlung der Bauarbeiter, um nach dem Abschluß dieser Bewegung von neuem zusammenzutreten.

Verband heißt Kraft! Diesen Worte hat die Tagung des Bauarbeiterverbandes von neuem zur Wahrheit verholfen. Und wenn die Geister auch manchmal hart aufeinanderprallen, so lagen den Streite doch nur Meinungsverschiedenheiten über die beste Art der Förderung der gemeinsamen Organisation zugrunde. Für uns Buchdrucker ist der Verlauf dieser Tagung in vieler Beziehung interessant, denn sein genaueres Studium zeigt von neuem, daß alle Kämpfe, die heute noch von andern Gewerkschaften in den Fragen des UnterstützungsweSENS ebenso wie auf tariflichem Gebiet ausgefochten werden müssen, sich in der Geschichte untrer Organisation schon getreulich widerspiegeln.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**München.** Unser Ortsverein hielt seine Generalversammlung am 18. Januar ab. Vorsitzender Stanglich gab einen kurzen Rückblick über das verfloffene Geschäftsjahr. Beim Punkte „Vorstandswahl“ wurde der alte Vorstand bis auf den Schriftführer wiedergewählt. Anwesend waren 18 Kollegen. Ein Kollege aus Wormbitz trat unsern Ortsvereine bei. Die bludische Buchdruckerei ist vom Buchdruckereibesitzer Ehrnigkeits aus Warlenburg käuflich erworben worden. Aus Anlaß des Scheidens eines Kollegen, welcher viele Jahre in unsern Reihen mitgearbeitet hatte, fand zum Schluß ein Kommerz statt.

**Baden-Baden.** Die am 11. Januar abgehaltene Generalversammlung des Ortsvereins war von den Kollegen sehr gut besucht. Nach dem von Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht, welcher zu Einwendungen keinen Anlaß gab, verlas der Kassierer den Kassenericht. Für seine gewissenhafte Führung wurde ihm Entlassung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der Gesamtvorstand wiedergewählt bis auf den Schriftführer, für den eine Ersatzwahl nötig wurde. Ein Beweis, daß die Mitglieder mit der Vereinsleitung im verfloffenen Jahre bestens zufrieden waren. Nach eiligen internen Angelegenheiten, die einen guten Verlauf nahmen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder, auch im kommenden Jahre fest und treu zusammenzustehen. — Am 18. Januar fand wie alljährlich unter Stiftungsfest statt, welches von den Kollegen gut besucht war. Der gefällige Witz wurde vom Quartett der „Typographen“ (Karlsruhe) übernommen und sehr gut durchgeführt. Den Sängern und allen andern Kollegen aus Karlsruhe, die uns durch ihren Besuch erfreuten, nochmals Dank.

**Berlin.** Eines äußerst zahlreichen Besuchs erfreuten sich die vom 13. bis 19. Januar abgehaltenen Bezirksversammlungen, so daß in einzelnen Bezirken die nicht kleinen Säle überfüllt waren. Auch im Nachbarbezirk, in dem bisher über schlechten Verfallungsbesuch zu klagen war, waren diesmal über 600 Kollegen erschienen. Insgesamt beteiligten sich an den Versammlungen ungefähr 7000 Kollegen. Die Tagesordnung war in allen Versammlungen die gleiche. Es handelte sich um die Wahl des Bezirksleiters, des stellvertretenden Bezirksleiters, der Schriftführer und der Delegierten zur Generalversammlung des Vereins. In den Bezirken, zu welchen selbständige Vororte gehören, wurde für jeden Vorort ein Vertrauensmann gewählt, der die Aufgabe hat, im Einverstandnisse mit dem Bezirksleiter die Interessen der in diesen Bezirken wohnenden oder arbeitenden Kollegen bei Befestigung am Gewerkschaftskarteile, bei Krankenkassen-, Gewerbegerichtswahlen usw. zu vertreten. Die in den meisten vorigen Versammlungen gewählten Kommissionen hatten fleißig gearbeitet und erleichterten durch ihre Vorschläge das Wahlverfahren. Am 13. Januar fanden vier Versammlungen statt, und zwar im 3. Bezirk (Nordosten), 4. Bezirk (Osten), 7. Bezirk (Westen) und 9. Bezirk (Charlottenburg-Spandau). Im Nordosten wurde neben drei weiteren Vorstandsmitgliedern zum Bezirksleiter Georg Zwirner gewählt sowie 36 Delegierte. Der Osten wählte Max Burmeister zum Bezirksleiter, drei Vorstandsmitglieder sowie 29 Delegierte. Im Westen wurde Robert Braun zum Bezirksleiter gewählt, weiter drei Vorstandsmitglieder und 33 Delegierte. Charlottenburg-Spandau wählte Wilhelm Ahrens zum Bezirksleiter, drei Vorstandsmitglieder und 11 Delegierte. Die am 14. Januar abgehaltene Versammlung des 1. Bezirks (Moabit) wählte Adolf Lange zum Bezirksleiter, drei Vorstandsmitglieder und 12 Delegierte. Am 15. Januar fanden die Versammlungen des 2. Bezirks (Norden), des 5. Bezirks (Südosten) und des 6. Bezirks (Süden und Südwesten) statt. Im Norden wurde zum Bezirksleiter Rudolf Walchke neben drei Vorstandsmitgliedern gewählt sowie 32 Delegierte. Der Südosten wählte Rudolf Adam zum Bezirksleiter, drei Vorstandsmitglieder und 48 Delegierte. Die Versammlung des Südens und Südwestens wählte zum Bezirksleiter Gustav Lehmann, drei Vorstandsmitglieder und 33 Delegierte. Am 16. Januar hielten der 8. Bezirk (Neuhöfen) und der 10. Bezirk (Köpenick) ihre Versammlungen ab. Im ersten wurden Max Ebel zum Bezirksleiter, drei Vorstandsmitglieder und 48 Delegierte gewählt. Köpenick wählte zum Bezirksleiter Emil Lampe, drei Vorstandsmitglieder und 7 Delegierte. Die Nachbarbeiterversammlung fand am 19. Januar statt. Von der Wahl eines Bezirksleiters wurde hier Abstand genommen; ein Mitglied des Gauverbandes wird in den Nachbarbeiterversammlungen den notwendigen Bericht erstatten. Zum Versammlungsleiter wurde Albert Faber neben zwei Schriftführern gewählt sowie 41 Delegierte. „Unter „Verständigen“ wurde in allen Versammlungen auf die Generalversammlung in Danzig hingewiesen, und auf den Schlusserin zur Einreichung von Anträgen beim Gauvorstand aufmerksam gemacht. Diese Anträge werden in der Woche vom 17. bis 22. Februar in den Bezirksversammlungen beraten. In einer außerordentlichen Generalversammlung am 27. Februar wird dann endgültig darüber Beschluß gefaßt werden. Die erste ordentliche Generalversammlung am 3. Februar hatte die Wahlen für den Gauvorstand vorzunehmen. In einigen Versammlungen wurden Beschwerden über den Arbeitsnachweis sowie über den von der letzten Vereinsversammlung beschlossenen Ausschluß des Kollegen Wilhelm Reich nach § 5 b des Statuts vorgebracht. In Neuhöfen gelangte nach längerer Debatte mit schwacher Mehrheit eine Resolution zur Annahme, in welcher der Gauvorstand erlucht wird, den Ausschluß zurückzunehmen, wenn Reich seine Beleidigungen zurückgenommen hat.

**P. Buchum.** (Typographische Vereinigung.) In der am 13. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde der bisherige Vorstand (erster Vorsitzender J. Müller, Kassierer Kramer) wiedergewählt. Bei Wählung der andern Posten fand ein Wechsel statt. Der festgesetzte Arbeitsplan besteht für die Monate Januar, Februar, März aus folgenden Fächern: Kalkulation, Schriftschreiben, Schützen und Zeichen sowie Vorträge der Technischen Kommission. Vom Vorhaben wurde der Jahresbericht erstattet, aus dem hervorging, daß alle Gebiete technischer Fortbildung in der hiesigen Vereinigung Berücksichtigung fanden. Unter durch die pflüchliche Abreise des Leiters Kollegen Hartwig jun. nicht gewordener Zeichenunterricht wird unter Vorauszahlung anderer Beiträge weitergeführt werden. In den Ordnungen von Typographischen Vereinigungen in Saftlingen, Witten, Reddinghausen und Dormund wurde unser Vorsitzender als Referent zugezogen. Möge das Jahr 1913 gleichfalls gute Resultate zeitigen.

**Burskält.** Am 18. Januar fand die Generalversammlung unsers Ortsvereins statt, die sehr gut besucht war. Der Kassenericht des Vorsitzenden gab zu keinen Bemerkungen Anlaß. Beim Punkte „Wahlen“ wurden Vorsitzender und Kassierer sowie Schriftführer und Revisoren wiedergewählt. Beim Punkte „Verständigen“ wurden Angelegenheiten interner Natur behandelt. Mit dem Wunsche, auch in Zukunft die Mitglieder so zahlreich versammelt zu haben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**-st. Greiz.** Unser Ortsverein hielt am 18. Januar seine Generalversammlung ab, die gut besucht war. Nach einer kurzen Begrüßung seitens des Vorsitzenden und Bekanntgabe eines Schreibens der Geschäftsstelle der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 wurde der in letzter Monatsversammlung gefaßte Beschluß, eine Vorklasse zu gründen, rechtskräftig. Es folgten dann der Jahresbericht des Vorstandes



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 15 — Leipzig, den 4. Februar 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## ○○○○○ Rundschau ○○○○○

**Generalversammlung des Deutschen Faktorenbundes.** Nach einer Bekanntmachung des Bundesvorstandes in Nr. 3 der „Graphischen Welt“ findet die für dieses Jahr fällige siebente ordentliche Generalversammlung vom 10. bis 12. Mai (Pflingstfeiertage) d. J. in Stuttgart statt. Außer den üblichen Tagesordnungspunkten sind hervorzuheben: „Das Reichsvericherungsgezet für Angestellte in seiner Wirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesmitglieder und die fernere Gestaltung des Deutschen Faktorenbundes“ und „Besitzübernahme der „Graphischen Welt“ ab 1. Januar 1914 und dadurch bedingte Maßnahmen“.

**„Klimesch“ Jahrbuch“ für 1913.** Wie uns nachträglich von der Verlagsabteilung der Firma Klimesch & Co. in Frankfurt a. M. mitgeteilt wurde, ist das in Nr. 13 des „Storr.“ rezensierte Jahrbuch für 1913 jetzt schon, also kurz nach dem Erscheinen, vergriffen. Die Firma hat die bisherige Auflage von 1200 auf 2000 erhöht, aber die Nachfrage war so stark, daß jetzt kein einziges Exemplar mehr zu haben ist. Auch die Nachfrage nach allen Bänden hat sich ganz erheblich gesteigert, so daß die Bände 1—4 ebenfalls vollständig vergriffen sind, weshalb die Firma uns noch darum ersuchte, darauf aufmerksam zu machen, daß die vergriffenen Bände, nach denen fortgesetzt noch Nachfrage herrscht, von ihr zurückgekauft werden.

**Betriebsunfall.** In der Filiale der Frommannschen Hofbuchdruckerei (H. Poßle) in Jena ereignete sich vor einigen Tagen ein bedauerlicher Betriebsunfall, der zur größten Vorsicht mahnt. Ein Maschinenmeister wollte an der Druckform etwas sauber machen und stellte die Maschine ab, schaltete aber den elektrischen Strom nicht aus. Während er nun die Ausrüstung vornahm, lebte sich die Maschine auf unaufgeklärte Weise in Bewegung, und der Kollege erlitt neben verschiedenen Fleischwunden einen dreimaligen Bruch des rechten Armes, so daß sich seine Überführung in die Klinik notwendig machte.

**Vertragsmäßige politische Bindung einer Zeitung als Verstoß gegen die guten Sitten.** Wie wir dem „Zeitungsvorlag“ entnehmen, hat das Reichsgericht vor kurzem die Entscheidung des Stuttgarter Oberlandesgerichts als zu Recht bestehend bestätigt, daß ein Vertrag, der einer Zeitung aus konjunkturrechtlichen, eine politische Bindung auferlegt, zu schweren Bedenken Anlaß gebe und als Verstoß gegen die guten Sitten nach § 135 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu verwerfen sei bzw. keine Rechtskraft habe. Das Urteil wurde am 12. Dezember 1912 gefällt und ist unter III. 215/12 in der Reichsgerichtsregistratur verzeichnet worden. Der betreffende Vertrag wurde einem Zeitungsverleger durch den Druck der Geistlichkeit im Verbreitungsgebiete seiner Zeitung zum einseitigen Schutz eines Zentrumsblatts aufgezwungen, und zwar mit der hauptsächlichsten Verpflichtung, daß er sich in seiner Zeitung in keiner Weise mit Politik befassen dürfe. Ferner sollte sein Blatt für alle Zeiten nur einmal wöchentlich erscheinen dürfen. Bei jeder Zuwiderhandlung sollte eine Vertragsstrafe von 25000 Mk. fällig werden. In der Begründung des Oberlandesgerichts, die vom Reichsgericht ausdrücklich gebilligt wurde, heißt es u. a.: Der Vertrag muß als sehr drückend erachtet werden. Besonders die auf die Politik sich beziehende Verpflichtung stellt eine für ewige Zeiten in Betracht kommende Beschränkung dar. Auch könnte man unter geschäftlicher Politik alle möglichen Fragen verstehen. Die Unterstützung vaterländischer Bestrebungen jeder Art könnten gleichfalls sehr oft unter die politischen Bestrebungen gerechnet werden. Eine Umgrenzung sei hier äußerst schwierig. Wir nehmen von diesem Urteile weniger um des ihm zugrunde liegenden Streites willen Notiz, als vielmehr wegen der in seiner Begründung zum Ausdruck kommenden Einschätzung des Begriffs Politik. Es lassen sich daraus allerhand sehr interessante Schlüsse ziehen, insbesondere hinsichtlich der sogenannten „vaterländischen“ Vereine und der „Staatsverhaltenden“ Gewerkschaften, und nicht zuletzt auch in bezug auf die Qualität jener Tendenzen, die beispielsweise dem Arbeiter irgend ein politisches Bekenntnis bei Strafe der Entlassung aufzwingen oder freitig machen wollen. Das Reichsgericht erkennt laut vorstehendem Urteile solche Zumutungen als Verstoß gegen die guten Sitten an und bezeichnet auf sie gegründete vertragliche Bindungen als nicht rechtskräftig.

**Von den Tarifverträgen im deutschen Schneidergewerbe.** Am 1. Januar 1912 befanden 430 Tarifverträge für 9436 Betriebe mit 90324 Beschäftigten. Hier von wurden im Laufe des Jahres 71 Verträge für 2756 Betriebe mit 19004 Beschäftigten erneuert. Neu abgeschlossen wurden 29 Verträge für 278 Betriebe mit 3057 Beschäftigten, so daß am Schluß des Jahres 1912 459 Tarife für 9714 Betriebe mit 93381 Beschäftigten Gültigkeit hatten. An diesen Tarifen ist der Verband der Schneider mit 43027, die andern im Verne noch bestehenden Organisationen mit 4265 Mitgliedern beteiligt. Insgesamt sind somit 47282 nach Tarifen beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert, das sind 50,6 Proz. Das Organisationsverhältnis ist in den einzelnen Branchen sehr verschieden. So gehören dem Verbands der Schneider an: In der Herrenmaß- und

Uniformbranche 67,4 Proz., der Damenmaßbranche 77,2 Proz. männliche und 18,8 Proz. weibliche, der Herrenkonfektion 45,4 Proz. männliche und 24,4 Proz. weibliche und der Zuschneider 79,2 Proz. Für die Wäschebranche bedarf es noch der Feststellung. Ohne Anwendung von Streiks wurden abgeschlossenen 64 Tarife für 625 Betriebe mit 4266 beschäftigten Personen und insolge Streiks 36 Tarife für 2409 Betriebe mit 17795 Beschäftigten. Es wurden demnach im Jahre 1912 durch 100 Tarife in 3034 Betrieben für 22061 beschäftigte Personen die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert.

**Organisierte Zurückhaltung der Leistungen.** Weil die freiwillige Übernahme der die Angestellten schwer belastenden Beiträge zur Angestelltenversicherung durch die Unternehmer die Arbeiter zur Stellung von gleichen Forderungen veranlassen könnte, hat der Deutsche Handelslag (Verband deutscher Handels- und Gewerbetreibender) an die Handelskammern ein Rundschreiben folgenden Inhalts gerichtet: „Nach dem Versicherungsvertrage für Angestellte sind die Beiträge von den Arbeitgebern und den Versicherern zu gleichen Teilen zu entrichten. In der Sitzung des Vorstandes des Deutschen Handelslages vom 4. d. M. wurde darauf hingewiesen, daß trotz jener Bestimmung Arbeitgeber in Erwägung gezogen hätten, die Beiträge, auch soweit sie den Versicherern obliegen, zu zahlen. Hierfür dürfte in erster Linie maßgebend gewesen sein, daß die Angestellten nicht insolge des Gesetzes einen Abzug vom Gehalt erfahren möchten. Demgegenüber wurde in der Vorstandssitzung ausgeführt, daß der Übernahme der gesamten Beiträge durch die Arbeitgeber auch schwere Bedenken entgegenständen. Die Arbeiter könnten dadurch leicht zu Ungehorsam veranlaßt werden, deren Erfüllung nicht den Wünschen der Arbeitgeber entspreche. Wir richten deshalb an unsere Mitglieder die Bitte, dafür zu sorgen, daß im Kreise der Arbeitgeber ihres Bezirkes die entwickelten Gesichtspunkte sorgfältig erwoogen werden.“ Wir sehen also hier einen organisierten Widerstand gegen jede über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß hinausgehende Leistung für die Angestellten, und zwar von Infanterien, die es als ihre heiligste Pflicht betrachten, die Warenpreise ihrer Mitglieder ständig so hoch wie möglich zu schrauben und andererseits regelmäßig den größten Radau machen, wenn in einer Arbeiter- oder Angestelltenorganisation Bestrebungen bemerkbar werden, die auf strenge Abwägung von Leistung und Gegenleistung größeres Gewicht legen. Da sind nicht alle Handelskammern wie auch politische Parteien und Organisationen sofort einig, daß solche Bestrebungen als Terrorismus, Beschränkung der individuellen Leistungsfreiheit usw. zu verurteilen seien. Wo es sich aber darum handelt, der eigenen Leistungsfähigkeit in Unternehmerkreisen gegenüber den Arbeitern etwas mehr Freiheit und Individualität einzuräumen, da wird in ganz ausdringlicher Weise abgewinkt und keine Spur von Verständnis dafür gezeigt, daß ein solches Vorgehen nichts anderes ist als eine organisierte Zurückhaltung der Leistungsfähigkeit. Da heißt es: „Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes!“

**Ein Blick hinter die „christlichen“ Kulissen.** Bekanntlich schließt der Patentdrift-Treffler als Redakteur des „Typograph“ in trauer Gemeinschaft mit fast allen andern Verantwortlichen der christlichen Gewerkschaftspresse alle Winkel des deutschen Vaterlandes aus, um irgendwo ein Wörtchen zu erhaschen, das sich den freien Gewerkschaften als Gegenbeweis religiöser Neutralität anhängen ließe. Nun sah sich aber erst vor einigen Tagen, am 24. Januar, ein katholischer Priester in Saarreviere genötigt, in der „Saarbrücker Volkszeitung“ unter dem Titel „Schlimme Früchte der Streikagitation“ einen Artikel zu veröffentlichen, der in der Schilderung von Beleidigungen der Geistlichkeit aus der Mitte christlicher Gewerkschaftsversammlungen heraus alles übertrumpft, was jemals von irgend einem freien Gewerkschaftler auf diesem Gebiete gesagt worden sein mag. Der erwähnte Geistliche schreibt zu den letzten Versammlungen der christlichen Bergarbeiter im Saarrevier in der genannten Zeitung u. a. folgendes: „Was könnte Eifer den Asten entgegenhalten, der in Bildhock die Arbeiter gegen ihre Seelsorger aufgestachelt mit den Worten: „Nameraben, wenn nicht etwas als Katholik schmerzt, dann ist es das, daß sich Leute der Bewegung zu bemächtigen suchen, die insolge ihres Amtes und ihrer läutenhaften wirtschaftlichen Kenntnisse besser drauhen bleiben usw.“ Solche Äußerungen stehen nicht vereinzelt da; aus einer andern Versammlung heißt es: „In der Berliner Bewegung gibt es hartlose Menschen (wer ist wohl damit gemeint?), die sich in Dinge einmischen, die sie nicht verstehen.“ Und mehr wie einmal wurde mir versichert, man könne nicht alles sagen, wie gegen die Geistlichen gewütet worden sei. Was war die Folge? Auch der gewöhnliche Mann legte sich in seinen Äußerungen keine Schranken auf, und man überbot sich geradezu in Schmähungen. Nur einige Beispiele: Der Pastor von L. ist ein frecher, gemeiner Kerl. Der Kaplan ist ein frecher Dachs, ein junger Lieder, den man von der Kanzel werfen soll.“ (Er hatte das Schreiben des hochw. Herrn Bischofs verlesen.) „Die Waffeln und die Geldfäden sind an unserm Glende schuld.“ Wenn der Bischof Kohlen graben müßte, würde er auch freieren.“ „Gude, Bischof und Minister sind Grubenaktionäre.“ „Wir müssen das Joch ab-

schliffeln“, sagte ein katholischer Christlicher zu seinem Steiger. „Was für ein Joch?“, fragte dieser. „Das Joch der Geistlichen, sie sollen uns nicht mehr an der Nase rumführen.“ Daß dieses „Joch“ sich auf die Moral der katholischen Kirche erstreckte, beweist ein Vorgang in einer Versammlung, welche Arbeitersekretär Hans mit seinem Kollegen Mische irgendwo abhielt. Eingeladen und erschienen war auch der Geistliche des Orts. In der Diskussion kam auch die Rede auf den bekannten Efferischen Artikel in der „Saarpoll“, wo der Bergverwaltung vorgerechnet wurde, sie beschäftige 12—15000 Arbeiter zu viel. Da zeigte der Wortführer der Christlichen auf den anwesenden Geistlichen und sagte wörtlich: „Daran sind Sie schuld!“ „Wieso? Ich verstehe Sie nicht“, erklärte dieser, „sprechen Sie deutlicher.“ Er fing an, etwas herumzujostern, bis einer sagte: „Er meint, daß die Geistlichen darauf drängen, die Ehe heilig zu halten und gegen eine Einschränkung des Kinderlegens seien.“ „Haben Sie das so gemeint?“ fragte der Geistliche den ersteren. „Ja, so meine ich das“, lautete die Antwort. Darüber Grinsen bei den einen und Entrüstung bei den andern. Das war übrigens eines der Hauptthemen, welche zur Zeit der Streikagitation in den Arbeiterzügen wie an den Arbeitsstellen verhandelt wurden. „Die Geistlichen wollen uns arm erhalten, sie sind ja auch Staatsbeamte, daher müssen sie zur Ruhe halten. Käme wieder ein Kulturkampf, daß ihnen der Brotkorb höher gehangen wird, dann wäre es anders. Am besten ist eine Trennung von Kirche und Staat, wie sie in Amerika und Frankreich ist.“ Doch damit nicht genug. Uns ist ein Fall bekannt, wo der Vorsitzende einer christlichen Jahrestelle seinen Seelsorger wegen der Predigt zur Rede stellte und eine Erklärung verlangte. Was war der Inhalt der Predigt? Sat er sich etwa für oder gegen den Streik erklärt? Nein, er hat es gewagt, zu sagen, daß es nicht genug ist, katholisch zu heißen, sondern man müsse auch katholisch leben. Und „katholisch“, so schallte es einmal in einer Versammlung in Bildhock aus den christlichen Reihen, „katholisch heißt mir schon zum Kaffe heraus!“ — „Das alles hat, wir wollen es noch einmal ausdrücklich betonen, ein katholischer Priester in der „Saarbrücker Volkszeitung“ unter dem Eindruck von Stimmungsbilder: „us dem christlichen Gewerkschaftsleben geschrieben!“

**Die Ausbreitung der Gelben unter den Angestellten.** Die mitteldeutschen Metallindustriellen vorläufig: „Ich nicht, nur der vieler Arbeitergewerkschaften gelbe Gründungen entgegenzustellen, sondern sie verurteilen nach gleichen Methoden die Bestrebungen der Angestelltenvereine zu hemmen und niederschlagen. Von den Industrieebenen haben sich in den letzten Jahren die Techniker am meisten gerührt. Erst im Bunde der technisch-industriellen Beamten und dann im Deutschen Technikerverbände haben sie gewerkschaftlichen Verbandsformen zugestimmt. Diese Entwicklung hat sich nicht ohne Widerstände durchgesetzt. Im Deutschen Technikerverbände sind die Reaktionsbestrebungen jetzt so stark geworden, daß der Beschluß des Köhner Verbandstages, den Streik als notwendige Waffe auch für das Gewerkschaftsleben des Technikers zu erklären, widerrufen wird. Die Staats- und Gemeindebeamten sind vor den Behörden zu Kreuz gekrochen, sie haben auf das Streikrecht verzichtet. Die Unternehmer selbst haben nun einen neuen Vorstoß gemacht, um die Radikalisierungstendenzen unter den Technikern aufzuhalten. In Hannover ist ein gelber Technikerverein aus der Taufe gehoben worden. Er nennt sich „Ständesverein deutschnationaler Techniker“. Die Satzungen unterscheiden sich nicht von den übrigen gelben Statuten; politisch wird gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen, gewerkschaftlich der Streik natürlich abgelehnt und die Interessensharmonie zwischen Unternehmern und Angestellten propagiert. Die Geldquellen dieser Gründung sind: der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Arbeitgeberverband der mitteldeutschen Metallindustriellen. Nicht weniger wie zwei Reichsverbandssekretäre, Komohl und Vogeler, sowie ein Regierungsvertreter waren bei der Gründungsversammlung anwesend. Die „Gründer“, die ihren Namen hergegeben haben, unterließen ferner nicht, das Interesse der Unternehmer, an diesem neuen „Ständesverein“ zu betonen. Die Unterchriften zu dieser neuen Ständesvereinigung sind in denselben Streifen gesammelt worden, die auch die Revillon des Köhner Verbandstages beschlusses durchgesetzt haben. Man sieht der Auseinandersetzung mit den Unternehmern auszuweichen.

## Versehiedene Eingänge.

„Deutscher Buch- und Stein drucker.“ Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage „Graphische Feiertunden“. Herausgeber: Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Demewilstraße 19. Heft 4. 19. Jahrgang. Einzelpfennig 1 Mk., Jahrgang 8,75 Mk.

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 15. Jahrgang, Heft 10. Abonnementpreis 4,50 Mk. pro Halbjahr.

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreform. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Heft 2. 24. Jahrgang.

„In Freien Stunden“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XVII. Jahrgang. Hef 2 und 3. Preis pro Heft 10 Pf.  
 „Für Alle Welt“, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XIX. Jahrgang, Heft 11 und 12. Preis 40 Pf.  
 „Moderne Kunst“, illustrierte Zeitschrift. Verlag von Rich. Bong, Berlin. XXVII. Jahrgang, Heft 10. Preis des Heftes 60 Pf.  
 „Die Neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart. Heft 17. Band 1. 31. Jahrgang. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

**Briefkasten.**

J. C. in Koblenz: Die Schwierigkeit lag in jenem Falle nicht darin, Zeugen zu finden, daß der Betroffene gelernt, sondern in dem mangelnden Nachweis einer ordnungsgemäß abgeschlossenen Lehrzeit, wie ihn das Gesetz vorschreibt. — S. P. in Minden: So ist's recht, edel sei der Mensch. Der Kollege wohnt in G., Pfandhausstraße 13. — Nach Siegen: Ihre Logik bezüglich der beiden Inserate hat ein großes Loch. Denn in dem von uns kritisierten Inserate handelt es sich um unmögliche Qualifikation, während die Ansprüche in dem von Ihnen benämigten Inserate von einem Gelehrten gelehten Alters und von durchschnittlicher Berufstüchtigkeit sehr wohl befriedigt werden können. Selbstverständlich nur bei entsprechender Gegenleistung in der Lohnfrage. — G. M. in St.: Ihre Vermutung ist leider richtig. — E. S. B.: Die erste Frage ist zu bejahen, vorausgesetzt, daß Sie für Ihre Behauptung den schriftlichen Beweis in Händen haben. Bezüglich der zweiten Frage verweisen wir Sie auf „Die Meisterprüfung im Buchdruckergewerbe“ von J. B. Pöhl in München 2 SO. Preis 2,50 Mk. — M. B. in G.: Die Offerte legen wir zurück, bis sich noch eine bessere Gelegenheit bietet, ihrer Eigenheiten in wirksamer Form Erwähnung zu tun. Also vorläufig besten Dank! — G. P. in M.: In der nächsten und der übernächsten Nummer erscheinen wieder Generalversammlungsausschlüsse. Da wird auch der Ihrige mit unterschließen. — E. M. in B.: Wie vorstehend. — M. R. in M.: Desgleichen. — F. Sch. in S.: Wie in Nr. 9 im Artikel schon bemerkt, werden wir über die mit wenigen Unterbrechungen nun schon drei Wochen dauernden sozialpolitischen Debatten im Reichstage eine zusammenfassende Darstellung bringen. Das Wichtigste — die verunglückte Scharfmacherei gegen die Gewerkschaften — ist ja sofort für sich behandelt worden. Abgesehen davon, daß bei Niederschrift dieser Antwort die zweite Lesung des Delbrück'schen Etats noch im Gange ist, man also noch nicht wissen kann, ob sich nicht nur bedeutendere Momente in der Debatte ergeben, hätte es wirklich keinen Zweck, den von Ihnen erwähnten Punkt herauszugreifen.  
**Wir werden, also, nach Beendigung der obigen Artikelreihe, die noch durch die beiden nächsten Nummern geht, loszugesetzen in einem Aufsatze die vom Reichstage geübte Behandlung der Sozialpolitik erläutern. Für das Interesse, das Sie mit Ihrem Anliegen dem „Korr.“ bekunden, aber unsern Dank. — J. B. in A. a. S.: Es ist so, wie in Nr. 10 geschrieben: alle Anträge sollen nach altem Brauche gemeinsam veröffentlicht werden. Wie früher die vom Verbandsvorstande gestellten Anträge nicht eher das Licht der Welt durch den „Korr.“ erblickt haben als die der „getreuen Untertanen“, so sollen auch die von Verbandsvorstand und Gewerkschaften vereinbarten Anträge zum Unterrichtsverfahren behandelt werden. Wollen Sie aus den von Ihnen angeführten Gründen aber ein Abweichen von der Regel, so wenden Sie sich an den Verbandsvorstand als die kompetente Stelle. Um Ihnen nochmalige Schreiberei zu ersparen, senden wir am besten Ihr Anliegen nach Berlin. — S. und A. in St.: Diesen Versuch, mit „Verbandsterrorismus“ durch neue Sendungen zu interessieren, da die alten von „Typ.“ zu sehr abgetruffelt und als böswilliger oder lächerlicher Schwindel demaskiert worden sind, um mit dem patentes Treffer zu sprechen, kann man ja einmal en passant erwähnen. Eine besondere Notiznahme verlohnt sich nicht. — R. B. in M.: Lied dankend in die neue Sammlung eingereicht. — F. K. in Mülhausen: 2,15 Mk.**

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß bei allen Konditionsangeboten vor der Annahme eines Engagements Erkundigungen eingelesen werden müssen. Mitglieder, die diese naturlich vorgeschriebene vorherige Anfrage unterlassen, werden auf die Dauer von 13 Wochen außer Besitz jeder Verbandunterstützung gesetzt, ebenso erhalten solche Mitglieder im Fall eines Anzuges keine Anzugsbeihilfe.  
 Anfragen bei Konditionsangeboten sind nur zu richten für den Gau:

**Bayern:** Joseph Seib, München, Solzstraße 24 I.  
**Berlin:** Albert Massini, Berlin SO 16, Engelufer 14/15 I.  
**Bresden:** Seim. Weidische, Dresden, Wachsbleichstraße 8.  
**Elb- und Vöhringen:** Joseph Wagner, Strahburg i. C., Züricher Straße 20 III.  
**Erzgebirge-Vogtland:** Otto Wähnel, Chemnitz, Pestalozzistraße 7 I.  
**Frankfurt-Rhein:** C. Dömitz, Frankfurt a. M., Wielandstraße 2 III.  
**Hamburg-Altona:** W. Dreier, Hamburg, Belenbinderhof 68 I.  
**Hannover:** Karl Rosenbruch, Hannover, Demosdoffstr. 11.  
**Leipzig:** Karl Engelbrecht, Leipzig, Brüderstraße 9 I.  
**Mecklenburg-Vorpommern:** E. Dahmke, Schwerin i. M., Mühlstraße 10 I.  
**Mittelrhein:** Heinrich Fuhs, Mannheim, Poststraße 8.  
**Nordwest:** E. Könnau, Bremen, Falkenstr. 4 I.  
**Oberrhein:** Karl Lindenlaub, Freiburg i. Br., Jastusstraße 101.  
**Ober:** Paul Hannach, Steffin, Turnerstraße 10 I.  
**Osternland-Thüringen:** Emil Prox, Weimar, Buchfledterstraße 6 I.  
**Ostpreußen:** S. Reischer, Königsberg i. Pr., Wallische Gasse 12 II.  
**Polen:** Felix Wagner, Polen O 1, Königsplatz 5, Gartenhaus, 2. Eingang III.  
**Rheinland-Westfalen:** Emil Albrecht, Aßeln a. Rh., Gereonshof 28.  
**An der Saale:** Hugo König, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7 I.  
**Schlesien:** Karl Giedler, Breslau I., Kupferstraße 7 II.  
**Schleswig-Holstein:** M. Brücker, Kiel, Schauenburgerstraße 34 III.  
**Westpreußen:** Fr. Nagrocki, Danzig, Petershagen a. d. R. 12 I.  
**Württemberg:** Karl Knie, Stuttgart, Heulestraße 54 p.  
 Die Gaueinteilungen finden die Mitglieder in den „Beschlüssen des Vorstandes“, Seite 20—30.

Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano, Via Manfredi Fanti, 19.  
 Kroatien: L. Wieser, Agram, Primorska ulica 2.  
 Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstraße 7.  
 Nordamerika: Hugo Miller, Bundessekretär der D.-A. Typographia, Newton Claypool Bldg., Indianapolis (Ind.).  
 Norwegen: O. Ruud, Kristiania, Youngsgaden 13.  
 Österreich: F. Reifmüller, Wien VII 1, Seidengasse 15.  
 Riga: Redaktion des „Neuen Baltischen Bucharbeiter“, Riga (Russland), Postfach 616.  
 Rumänien: Vorstand des Buchdruckervereins „Gutenberg“, Bukarest, Boulevard Carol I (Bursa Munci).  
 Serbien: Vorstand des Typographenvereins, Belgrad, Tryovacka Kafana.  
 Schweden: Svenska Typograförbundet Expedition, Stockholm, Jacobsatan 22a.  
 Schweiz (deutsche): Jacq. Schlumpf, Sekretär, Bern, Speichergasse 29.  
 Schweiz (romanische): Cercle Typographique, Lausanne, Place du Nord 2.  
 Ungarn: Redaktion der „Typographia“, Budapest VIII, Békocsi-utca 1.  
 Berlin. Der Verbandsvorstand.

**Adressenveränderungen.**

**Afcherleben.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Wilhelm Krauenicht, Düstere Tor Nr. 1.  
**Büren** (Rhld.). Vorsitzender: Karl Böhle, Köhlerchauffee 85; Kassierer: Otto Lindenbergh, Giebelsrathesstraße 62.  
**Großhain.** Vorsitzender: Alfred Boig, Kälberingstraße 22.  
**Scidenheim** (Sagkrets). Vorsitzender: Karl Schreiber, Schloßstraße 44 I; Kassierer: Fritz Kuhn, Felsenstr. 76 I.  
**Düdelburg.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Heinrich Hoff, Grasshofstraße 19 II.  
**Worms a. Rh.** Vorsitzender: Ludwig Leber, Nonnenstraße 3.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
 In Essen der Drucker Joseph Kellerbaum, geb. in Witten (Ruhr) 1893, ausgel. in Recklinghausen-Süd 1910; war noch nicht Mitglied. — In Gelsenkirchen 1. der Seher Paul Heinicus, geb. in Kiel 1885, ausgel. dal. 1904; war schon Mitglied; 2. der Stereotypour Gerhard Rehm, geb. in Bistlich b. Weiel 1877, ausgel. in Münster i. W. 1895. — Otto Kraus in Gien-Wittenscheid, Mülbacher Straße 41, geb. in Gien 1890. — In Frankfurt a. M. der Seher Oskar Niedner, geb. in Bad Salzungen i. Th. 1891, ausgel. dal. 1909; war noch nicht Mitglied. — S. Bachhaus, Allerheiligenstr. 51. — In Kehl i. B. die Seher i. Fritz Metzger, geb. in Erstein i. C. 1885, ausgel. dal. 1904; 2. Edmund Stängel, geb. in Strahburg i. C. 1876, ausgel. dal. 1895; waren schon Mitglieder; 3. Georg Rimmer, geb. in Kehl i. B. 1894, ausgel. dal. 1912; war noch nicht Mitglied. — In Offenburg der Seher Eugen Heftlich (früher genannt Loran), geb. in Colomby (Frankreich) 1890, ausgel. in Gurlwangen 1909; war schon Mitglied. — Wilhelm Laut in Lahr i. B., Schützenstraße 42 IV.  
 In Gießen der Seher Paul Reue, geb. in Apolda (Thür.) 1889; war schon Mitglied. — Franz Wolf in Solothurn (Schweiz).  
 In Mannheim der Seher Friedrich Leibold, geb. in Frankenthal 1884, ausgel. dal. 1901; war schon Mitglied. — A. Lauffer, Friedrichsring 40.

**Berichtungs-Kalender.**

Darmstadt. Maschinenberg-Generalsammlung Sonntag, den 9. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.  
 Leipzig. Maschinenberg-Generalsammlung Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Bolschhaus“, Seigerstraße.  
 Naumburg. Generalsammlung Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“.

**Gute Griffenz!**  
 Kleine Buchdruckerei mit Schnellpresse u. Elektromotor zu verpachten für 1500 Mk. Bestige gute Arbeitskraft für jährlich 4—6000 Mk. Zeitschrift. Offerten in Briefen und höchster Sachkunde mit 2—3000 Mk. dispon. Kapital unv. Postlagerkarte 6, Hannover 1.

**Maternbohrrmaschine**  
 kauft Gg. Eckstein, Stempelfabrik, Fürth i. B.

**Alkzidenzjehzer**  
 erste Kraft, zum sofortigen Antritt geeignet. Offert. unter Nr. 232 an die Geschäftsst. d. Blattes erbeten.

**Schriftgieberei**  
 Zwei gebrauchte Handmaschinen in gutem Zustande werden zu kaufen gesucht; eine bis 48 Punkt und eine von 43 bis 120 Punkt. Adressen an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter B. N. 216.

Die Positionen eines Alkzidenzjehzers und Maschinenmüllers sind inzwischen besetzt worden und danken wir allen Bewerbern bestens für ihre Bemühungen. [235]  
 Gerhard Staffing, Oldenburg i. G.

**Werkmeisterei**  
 mit längerer Praxis, der auch im Korrektur- und Revisionslesen bewandert ist, in dauernde Stellung gesucht. Gest. Offert. unter G. H. 91 hauptpostlagernd Stuttgart erbeten.

Richard Hürtels Bucherverband  
 (St. Gieg.), München 2, Solzstraße 7.  
 Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke. Katalog unberechnet und frei.  
 Arbeiten aus der Praxis als Muster vorlegen für Gelehr und Drucker. Von W. Piepenstein. Mappe I 1 Mk., Mappe II—V 1,25 Mk.

**Gutenbergbüßen** in Altabaster- oder Eisenbeimasse zu Mk. —,90; 2,25; 6; 7,50; 18; 22,50 und 36 je nach Größe entspricht A. Stegl, München 80 7. Katalog gratis.

Am 30. Januar verschied nach schwerem Leiden unser lieber Kollege [233]  
**Max Harthe**  
 Ein ehrendes Gedenken bewahren ihn  
 Die Kollegen der Firma C. G. Röder Leipzig.

Am 29. Januar verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Mitglied, der Maschinenmeister [229]  
**Joseph Sigelin**  
 aus Mülhausen, am 27. Lebensjahre.  
 Wir werden dem Verstorbenen ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.  
 Bezirks- und Ortsverein Mülhausen i. Gf.

Am 29. Januar verstarb plötzlich unser Kollege, der Drucker [230]  
**Wilhelm Fuchherm**  
 aus Mülhausen, im Alter von 22 Jahren an den Folgen einer Blinddarmentzündung. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirks- und Ortsverein Mülhausen.

Am 30. Januar verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [236]  
**Gustav Schulze**  
 im 53. Lebensjahre. Es werden sein Andenken in Ehren halten  
**Die Verbandsmittelglieder des Bibliographischen Instituts, Leipzig.**